



Definitiv

**Ordentlicher Parteitag SP Schweiz
30./31. Oktober 2010 in Lausanne**

Tischvorlage

Inhalt

zu Traktandum 2.2
aktualisierte Traktandenliste

zu Traktandum 8
Regierungsbeteiligung der SP

zu Traktandum 16
Parolenfassung: Ausschaffungsinitiative und Gegenvorschlag

zu Traktandum 17
Parolenfassung: Für den Schutz vor Waffengewalt

zu Traktandum 18
Statutarische Geschäfte

zu Traktandum 19
weitere Resolutionen

Ordentlicher Parteitag SP Schweiz

Traktandum 2.3: Definitive Traktandenliste (aktualisiert 25.10.)

Samstag, 30. Oktober 2010, Beginn 10.45 Uhr – ca. 18.30 Uhr

- 10.45** **1. Eröffnungsgeschäfte**
- 1.1 Eröffnung des Parteitages
 - 1.2 Begrüssung durch Pierre-Yves Maillard, Waadtländer Staatsrat
Begrüssung durch Chesla Amarelle, Präsidentin SP Waadt
Grussbotschaft von Rebecca Ruiz, Präsidentin SP Lausanne
 - 1.3 Wahl der StimmezählerInnen der Mandatsprüfungskommission
 - 1.4 Wahl der Mandatsprüfungskommission
 - 1.5 Wahl PräsidentIn des Wahlbüros
- 2. Geschäfte zum Ablauf des Parteitages**
- 2.1 Mitteilungen
 - 2.2 Genehmigung der Geschäftsordnung (Wahlreglement ist integriert)
 - 2.3 Genehmigung der Traktandenliste
- 3. Protokoll a.o. Parteitag 17. Oktober 2009, Schwyz**
(auf dem Internet unter www.spschweiz.ch/parteitag abrufbar)
- 4. Genehmigung Berichte**
(auf dem Internet unter www.spschweiz.ch/parteitag abrufbar)
- 11.15** **5. Rede Christian Levrat, Parteipräsident, Nationalrat Freiburg**
- 11.45** **6. Schwerpunkt I: Neues Parteiprogramm**
Präsentation des neuen Parteiprogramms durch
Hans-Jürg Fehr, Nationalrat Schaffhausen
Eintretensdebatte
- 13.15** **7. Rede Bundesrätin Micheline Calmy-Rey**
- 13.45** **8. Regierungsbeteiligung der SP**
Diskussion Resolutionen
- 14.30** **9. Schwerpunkt I: Neues Parteiprogramm**
Diskussion und Detailberatung
Behandlung von Sektionsanträgen
- 18.30** **Unterbruch des 1. Verhandlungstages**
Kurzinformationen zum Parteitagsfest
Transfer ins Stadtzentrum
Ab 19.30 Apéro und Parteitagsfest mit Nachtessen
im Palais de Beaulieu in Lausanne

Sonntag, 31. Oktober 2010, Beginn 09.00 Uhr – ca. 15.30 Uhr**Fortsetzung des Parteitages**

- 09.00 10. Gesamterneuerungswahlen**
- Präsidium
- vom Parteitag gewählte Mitglieder in die Geschäftsleitung
- 09.15 11. Fortsetzung Schwerpunkt I: Neues Parteiprogramm**
Behandlung von Sektionsanträgen
u.a. Unterstützung der Wehrpflicht-Initiative der GSoA
Verabschiedung
- 12.15 12. Rede Bundesrätin Simonetta Sommaruga**
- 12.45 13. Volksinitiative für eine Gesundheitskasse**
Kurzreferat: Stéphane Rossini, Nationalrat VS, Vizepräsident SP Schweiz
- 13.00 14. Rede Maria Roth-Bernasconi, Nationalrätin (GE),
Co-Präsidentin SP Frauen Schweiz**
- 13.15 15. Parolenfassung zu den Eidg. Abstimmungen vom 28. November 2010
Steuergerechtigkeitsinitiative**
Parolenfassung
- 14.00 16. Parolenfassung zu den Eidg. Abstimmungen vom 28. November 2010**
Ausschaffungsinitiative und Gegenvorschlag
- 14.30 17. Parolenfassung zu den Eidg. Abstimmungen vom 13. Februar 2011
Für den Schutz vor Waffengewalt (Waffenschutzinitiative)**
Kurzpräsentation: Evi Allemann, Nationalrätin Bern und
Géraldine Savary, Ständerätin Waadt
- 14.45 18. Statutarische Geschäfte**
Antrag zur Statutenänderung
- 15.00 19. Behandlung von weiteren Anträgen und Resolutionen**
- 15.30 20. Varia / Schluss**

Traktandum 8:

R-1 Resolution Geschäftsleitung

Mehr Einfluss, um für die Anliegen der Mehrheit zu kämpfen

Die Departementsverteilung nach der Bundesratswahl wurde zur Machtdemonstration missbraucht. Die Mitteparteien – sie besitzen zusammen rund 35% Stimmenanteil und 76 der 200 Nationalratssitze – verfügen fortan über alle vier Departemente, welche sich unmittelbar mit Sozial- und Wirtschaftspolitik beschäftigen. Ein krasses Ungleichgewicht angesichts ihrer elektoralen Stärke. Die Regierung hat mit diesem Entscheid ihre bisherigen Prinzipien über Bord geworfen. Das Kollegialitätsprinzip erfordert Diskussionen und Konsenslösungen, keine simplen Mehrheitsentscheide und keine vorgängigen Absprachen. Und das Konkordanzprinzip will Rücksicht gegenüber und Lösungen mit den Minderheiten und keine Diktatur der Mehrheit.

Die Departementsverteilung wurde offenbar auf enormen Druck von *economiesuisse* vollzogen. Und diese präsentierte auch umgehend ihren Wunschzettel. Das Ziel von *economiesuisse* ist klar: Das UVEK wird zum Atomdepartement. Das EDI zum Sozialabbau-Departement. Im Finanzdepartement wird mit Investitionsstop weiterhin Politik zu Lasten der zukünftigen Generationen gemacht. Und im EVD wird das Seco seinen Neoliberalismus-Kurs weiterfahren können.

Die SP wird sich gegen diese Politik wehren. Sie wird sich wehren gegen eine Politik von Filz und Intransparenz. Sie wird es nicht zulassen, dass es immer mehr Privilegien für einige wenige gibt. Sie will eine Politik für die Mehrheit der Bevölkerung.

- Sie wird es nicht zulassen, dass im UVEK Liberalisierungen und Privatisierungen Einzug halten.
 - Die SP will ein flächendeckendes Poststellennetz für alle statt Privatisierungsgewinn für ganz wenige. Die SP setzt auf ihre vor kurzem eingereichte Postinitiative.
- Sie wird es nicht zulassen, dass neue AKW's gebaut werden.
 - Die SP will 100'000 neue Arbeitsplätze dank Investitionen in erneuerbare Energien statt Geld für die Atomlobby. Die SP setzt auf ihre Cleantech-Initiative.
- Sie wird es nicht zulassen, dass Sozialabbau betrieben wird.
 - Die SP will ein sozial flexibles Rentenalter für alle und keinen Rentenabbau. Die SP war mit dem Referendum diesen Frühling gegen den Rentenklau erfolgreich. Und sie wird auch in Zukunft mit Referenden dafür sorgen, dass es zu einem Umbau und nicht zu einem Abbau bei der AHV kommt.
- Sie wird es nicht zulassen, dass einige wenige immer reicher werden und die Schere zwischen Arm und Reich weiter auseinandergeht.
 - Die SP will mehr Lohn für alle statt weiterhin Lohnexzesse einiger Abzocker. Die SP setzt auf die 1:12-Initiative der Juso und fordert mit der von Gewerkschaften und SP bald startenden Mindestlohn-Initiative einen minimalen Lohn für 100 Prozent Arbeit.
- Sie wird es nicht zulassen, dass die Krankenkassen- und Pharmalobby die Gesundheitspolitik diktiert – und die Prämienzahlenden und PatientInnen darunter leiden.
 - Die SP will eine öffentliche Gesundheitskasse – wie die gleichnamige SP-Initiative dies fordert.

Die SP kämpft mit ihren Initiativen ausserhalb der Regierung für ihre Anliegen. Die SP will ihre Politik aber auch in Zukunft in der Regierung vertreten. Die SP Schweiz ist die einzige Partei, welche sich in der Regierung gegen Sonderinteressen und für eine Politik im Interessen der Mehrheit der Bevölkerung einsetzt. Die SP ist in der Regierung, weil sie die Einflussmöglichkeiten schätzt, welche diese uns eröffnet. Die SP ist sich bewusst, dass sie nur zwei von sieben Bundesratssitzen hat und daher seit je in einer Minderheitenposition ist. Trotzdem ist es mit Sicherheit besser, im Bundesrat zu sein als im Vorzimmer auf dessen Entscheide zu warten. Die SP will mehr Einfluss, nicht weniger. Die SP möchte gestalten und ihre Politik für eine Mehrheit der Bevölkerung durchsetzen.

Die SP möchte auch in Zukunft Regierungs- und Oppositionspartei sein. Das ist aber nur möglich, wenn sie in der nötigen Stärke im Bundesrat vertreten ist. Die SP hat Anrecht auf zwei Sitze. Die Mitte-rechts-Allianz versuchte mit dem Departements-Entscheid die SP im Bundesrat zu marginalisieren. Die konsequente Folge wäre, dass die gleiche Allianz auch einen der beiden Sitze der SP bei den Gesamterneuerungswahlen 2011 anvisiert. Eine solche Marginalisierung und Verdrängung ist aber nicht im Sinne der SP-Wählenden und wird auch nicht akzeptiert. Für die SP ist klar: Sie will zwei Sitze. Und dafür braucht es einen Erfolg bei den Parlamentswahlen 2011.

Traktandum 8:

R-2 Resolution

Juso Schweiz zum weiteren Verbleib im Bundesrat

Die Benachteiligung der Sozialdemokratischen Partei bei der Verteilung der Departemente im Bundesrat hat erneut eine Entwicklung zum Ausdruck gebracht, die sich besonders seit dem Ausbruch der Wirtschaftskrise verschärft hat. Das unter Einsetzung des Notrechts durchgesetzte Milliardenrettungspaket für die UBS, die Verschärfung des Asyl- und Migrationspolitik, die Teilprivatisierung des Strommarktes sowie die ständigen Angriffe und Aushöhlung der Sozialwerke haben deutlich gemacht, dass eine sozialdemokratische Politik, in einer bürgerlich dominierten Regierung, unter den momentanen Bedingungen nicht möglich scheint.

Die Departementsverteilung hat erneut gezeigt, wie wenig sich die Bürgerlichen um das Kollegialitätsprinzip kümmern, und sich damit sogar über ihre eigene Verfassung hinwegsetzen. Mit der jetzigen Verteilung der Departemente wurde der Spielraum für eine sozialdemokratische Politik im bürgerlichen Bundesrat weiter massiv eingeschränkt.

Die SP Schweiz stellt deshalb folgende Bedingungen für eine weitere Regierungsbeteiligung nach den Gesamterneuerungswahlen 2011:

- Keine Privatisierung des Service Public
- Keine weiteren Verschärfungen bei der Asyl – und Migrationspolitik
- Keine weiteren Steuergeschenke für Reiche
- Keine neuen Atomkraftwerke
- Keine weitere Aushöhlung der Sozialwerke

Wenn diese Bedingungen eingehalten werden, fordert die Sozialdemokratische Partei eine ihrem Wähleranteil entsprechende Vertretung im Bundesrat. Dasselbe fordert sie für die Grüne Partei.

Spätestens vier Wochen nach den Nationalratswahlen 2011 ist ein ausserordentlicher Parteitag zur Frage des weiteren Verbleibs im Bundesrat anzusetzen.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Ablehnung zugunsten Antrag GL

Traktandum 8:

R-3 Résolution de la Coordination des Partis socialistes romands

Soll die SP im Bundesrat verbleiben ? Es ist schon fast eine Untertreibung zu sagen, dass sich diese Frage in der Vergangenheit immer wieder gestellt hat. Die unbedingten Gegner wie die entschiedenen Befürworter einer Regierungsbeteiligung der SP hatten schon an früheren Delegiertenversammlungen und Parteitag die Gelegenheit, über diese Frage zu debattieren. Zuletzt war dies 2004 der Fall gewesen, als ein gewisser Christoph Blocher in den Bundesrat gewählt worden war.

Am 27. September dieses Jahres haben die Bürgerlichen einmal mehr die Taktik des Gewaltstreichs gewählt. Unsere neue Bundesrätin Simonetta Sommaruga – und mit ihr die SP – wurden auf rücksichtslose Art und Weise von jenen Departementen fern gehalten, in denen auf ökonomische und soziale Faktoren Einfluss genommen werden kann. Die neoliberale Rechte verletzte damit wesentlich jene politischen Abkommen aus dem Jahr 1959 der zu Folge die Sozialdemokraten an der Macht partizipieren. Sie liess ihre Maske fallen und mass es sich an, sich die wichtigsten Schalthebel für die Schaffung, Verteilung und Neuverteilung der Reichtümer dieses Landes unter den Nagel zu reissen. Verglichen mit der Politik, die seit 1959 bei der Wahl des Bundesrats vorgeherrscht hatte, stellt dieses Vorgehen eine regelrechte Zäsur dar. Dies zwingt uns, die Modalitäten und folglich auch die Grenzen einer Regierungsbeteiligung der SP neu zu definieren.

Nach Ansicht der Koordination der Sozialdemokratischen Parteien der Romandie sollte eine solche Diskussion aber nicht unter dem Eindruck der jüngsten Emotionen stattfinden. Auch sollte über diese Frage nicht unvorbereitet an einem Parteitag debattiert werden, der in allererster Linie dazu vorgesehen ist, das längst ersehnte neue Parteiprogramm unter Dach und Fach zu bringen.

Aus diesen Gründen ruft die Koordination der Sozialdemokratischen Parteien der Romandie den Parteitag auf, der Geschäftsleitung folgenden Auftrag zu erteilen: Sie soll eine umfassende Analyse der neuen Stärkeverhältnisse vornehmen, die sich aus dem Diktat der Rechten ergeben. Aber auch die diversen strategischen Optionen, die sich daraus für die SP ergeben, müssen erörtert werden. Zudem müssen neue Strukturen und Organisationsformen der SP ins Auge gefasst werden, die die veränderte Ausgangslage mit sich bringen könnte. Nach Ansicht der Koordination der Sozialdemokratischen Parteien der Romandie muss diese Analyse die kurz- wie langfristigen Chancen und Risiken eines Austritts wie eines Verbleibs im Bundesrat untersuchen. Die Geschäftsleitung muss zudem VOR den Wahlen 2011 eine Delegiertenversammlung oder gar einen ausserordentlichen Parteitag einberufen, an dem über die Schlussfolgerungen der Geschäftsleitung diskutiert werden kann. Einzig zu diesem Zeitpunkt und nur unter diesen Voraussetzungen werden wir – Parteimitglieder wie Kandidatinnen und Kandidaten für die eidgenössischen Räte – in der Lage sein, in der Kenntnis aller Fakten über die Bedingungen für einen Verbleib in der Regierung zu entscheiden.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Ablehnung zugunsten Antrag GL

Traktandum 8:**R-4 Resolution Carlo Sommaruga, Nationalrat Genf
Für eine strategische Neuausrichtung der SP Schweiz**

1959 kehrten die Sozialdemokraten mit zwei der Ihrigen in den Bundesrat zurück, nachdem die Partei sich 1953 als Folge des Rücktritts des einzigen SP-Bundesrats für sechs Jahre in die Opposition begeben hatte. Es war dies das Ergebnis eines neuen politischen Kräfteverhältnisses. Es war aber auch der Ausdruck einer politischen Übereinkunft. Eine Übereinkunft, die einerseits natürlich die proportionale Vertretung der Parteien in der Regierung festlegte, die aber vor allem auch das Prinzip der Mitentscheidung und Mitbestimmung der Sozialdemokraten in der Regierung festschrieb.

Diese historische Übereinkunft wurde am 27. September bei der Neuverteilung der Departemente von der bürgerlichen Mehrheit gebrochen. Auf Drängen der Finanzwelt und der Industrie hin, verkörpert durch *economiesuisse* und im Bundesrat vertreten durch Doris Leuthard und Johann Schneider-Ammann, nahmen die bürgerlichen Parteien FDP, CVP und BDP sämtliche Departemente in Beschlag, in denen über die Bedingungen für die Schaffung von Reichtum in diesem Land, über die Verteilung und Umverteilung dieses Reichtums, über die Raumordnung, über die Infrastrukturen und über den *Service public* entschieden wird. Der Zugang zur Macht wurde verriegelt – zum Schaden der Interessen der Angestellten, der Mieterinnen und Mieter, der Rentnerinnen und Rentner und vieler anderer. Zweifelsohne überliessen die Bürgerlichen den Sozialdemokraten interessante Departemente, aber diese haben keinen wirklichen Einfluss auf das ökonomische und soziale Alltagsleben der Bevölkerung.

Die Wut über die Verletzung des historischen Abkommens über die Beteiligung der Sozialdemokraten an der Regierungsmacht ist gross. Darüber hinaus muss sich die SP aber der brutalen Veränderung der politischen Landschaft bewusst werden. Sie muss die Departementsverteilung als eine weitere Etappe in der Umsetzung und Stärkung einer neoliberalen Politik auffassen, wie wir sie in den letzten zwanzig Jahren beobachten konnten. Halten wir uns vor Augen: Diese neoliberale Politik hatte zur Folge, dass das Kapital sich das Volkseinkommen zu Ungunsten der Arbeiterinnen und Arbeiter wieder aneignete. So dann muss unsere Partei ganz offensichtlich rasch ihr strategisches Vorgehen neu definieren. Auf diese Weise muss eine soziale und politische Kraft geschaffen werden, die es erlaubt, wieder wirklich Einfluss auf die Geschicke unseres Landes zu nehmen. Die SP Schweiz muss tabulos über den besten Weg diskutieren, um die Kräfteverhältnisse wieder zu ihren Gunsten zu verbessern. Unter Umständen kann dazu auch der erneute Gang in die Opposition notwendig werden, falls wir dazu gezwungen sein sollten.

Es liegt in der Verantwortung der Leitung der SP Schweiz, eine Strategie vorzuschlagen und zur Diskussion zu stellen, um nicht nur kurz-, sondern vor allem auch mittel- und langfristig Einfluss zu nehmen auf eine gerechte Verteilung des Reichtums durch wirklich umverteilende Steuern, auf eine soziale und ökologische Wirtschaft, auf umfassende soziale Versicherungen, auf einen soliden und stabilen *Service public* und auf eine Raumordnung im Interesse der Gesamtbevölkerung. Und wenn dieser Weg über den erneuten Gang in die Opposition führt, muss dies ohne Angst vor Tabus gesagt werden.

Vor diesem Hintergrund muss die Parteileitung die Diskussionen und Orientierungen auswerten, die sich aus der Sitzung der SP-Fraktion vom Dienstag, 28. September 2010 ergaben, und im Rahmen des Parteitags am 31. Oktober 2010 ein Positionspapier im Hinblick auf die Wahlen 2011 vorlegen, das:

- aufzeigt, inwiefern die Departementsverteilung das Risiko birgt, dass die Sozialdemokraten an Macht verlieren;
- diesen Ausschluss während des ganzen Wahljahres thematisiert ;
- die Mobilisierung der Wählerinnen und Wähler der SP lanciert als der einzigen politischen Kraft, die fähig ist, in der Regierung die Angestellten, die Arbeitslosen, die Mieterinnen und Mieter, die Rentnerinnen und Rentner und die Solidarität zu vertreten;
- einen Erfolg der SP in den Wahlen 2011 als Voraussetzung für eine vollständige Partizipation an der Machtausübung auf nationaler Ebene festlegt ;
- die Bedingungen für eine Beteiligung der Sozialdemokraten im Bundesrat festlegt : zwei Sitze, davon mindestens einer im Volkswirtschaftsdepartement, im Departement des Innern, im Finanzdepartement oder im UVEK ;
- eine Strategie zur Abgrenzung der SP von der Bundesratspolitik für die nächsten 12 Monate vorschlägt ;
- bereits eine Delegiertenversammlung nach den Eidgenössischen Wahlen, aber vor Beginn der Legislatur 2011-2015 terminiert, an der die Strategie während der Legislatur und die Beteiligung im Bundesrat definiert werden.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Ablehnung zugunsten des Antrages der GL

Traktandum 8:

R-5 Resolution Ruedi Tobler, SP Vorderland (AR)

Das EJPD zum Menschenrechtsdepartement entwickeln

Auch wenn die Departementsverteilung im Bundesrat nicht den Wünschen unserer Partei entspricht, eröffnet die erstmalige Übernahme des Justiz- und Polizeidepartementes durch eine sozialdemokratische Bundesrätin die Chance, es vom Ausländerbekämpfungszum Menschenrechtsdepartement umzugestalten.

Seit den Achtzigerjahren wird das Asylrecht in der Schweiz systematisch Schritt um Schritt demonstriert. Flüchtlinge werden nicht mehr als verfolgte und bedrohte Menschen gesehen, sondern als Bedrohung für die Schweiz diffamiert und mit immer drastischeren Massnahmen verfolgt, deren Umschreibung dem «Wörterbuch des Unmenschen» entnommen sein könnten: Nichteintreten, Ein- und Ausgrenzung, Arbeitsverbot, Zwangsmassnahmen, Vorbereitungs-, Durchsetzungs-, Ausschaffungshaft ... Der Phantasie der Schreibtischtäter sind keine Grenzen gesetzt.

Und auch mit dem neuen Ausländergesetz werden Personen von ausserhalb Europa – „Drittstaatenangehörige“ – zu Drittklassmenschen degradiert, deren Anwesenheit in der Schweiz mit allen Mitteln unterbunden werden soll. Sie werden in die Illegalität abgedrängt, aus der Sozialhilfe ausgeschlossen, mit Heiratsverbot belegt und ein normales Familienleben bleibt ihnen verwehrt. Sie können einzig und allein, weil sie ohne Aufenthaltsbewilligung anwesend sind, über Monate bis Jahre inhaftiert werden. Wer diesen als „Unberührbare“ abgestempelten Menschen private Hilfe leistet, macht sich strafbar.

In den letzten Jahren musste jeder Ausschuss von unabhängigen Fachleuten – die für die Überprüfung der Umsetzung der UNO-Menschenrechtskonventionen durch die Vertragsstaaten zuständig sind – bei der Behandlung der Schweizer Berichte seiner tiefen Besorgnis über ihre Ausländer- und Asylpolitik Ausdruck geben und die Schweiz auffordern, diese menschenrechtskonform auszugestalten.

Zwar ist die SVP der Motor dieser Entwicklung in Richtung einer Apartheid-Gesellschaft, aber die letzten EJPD-VorsteherInnen haben nur zu bereitwillig mitgemacht und diese Entwicklung auch selber vorangetrieben. Überdies hat der grosse Führer der SVP seine Zeit als Vorsteher des EJPD zur systematischen Schwächung von rechtsstaatlichen Mechanismen ausgenutzt.

Es ist darum mehr als höchste Zeit, dass es im EJPD zu einer Wende kommt. Unsere Bundesrätin Simonetta Sommaruga soll es zum Menschenrechtsdepartement umbauen und weiter entwickeln. Das ist allerdings eine Herkulesarbeit, denn in der Menschenrechtspolitik kann die Schweiz bestenfalls als „Schwellenland“ bezeichnet werden.

Nachdem die Bürgerlichen unsere neue Bundesrätin ins EJPD abgeschoben haben, müssen sie darauf behaftet werden, ihre Arbeit nicht zu behindern, sondern diese kollegial mitzutragen. Aber auch für FDP und CVP bietet die Umorientierung des EJPD auf Menschenrechtspolitik eine einmalige Chance, sich aus der politischen Bevormundung durch die SVP zu befreien und dem Begriff der bürgerlichen Politik seinen Gehalt zurück zu geben und darauf zu bestehen, dass die bürgerlichen Werte auf dem Anstand im Umgang mit anders Denkenden beruhen, vor allem aber auch die Respektierung und Verwirklichung der Menschenrechte einschliessen.

Für die Menschenrechtspolitik ist es ein Glücksfall, dass unsere beiden Bundesrätinnen das EJPD und das EDA leiten. So können sie gemeinsam für die bessere Verankerung der Menschenrechte im schweizerischen Rechtssystem wie die Stärkung ihrer internationalen Fundierung sorgen.

Wie gross der Nachholbedarf in der Schweizer Menschenrechtspolitik ist, zeigt sich nur schon daran, dass sowohl die Schaffung einer eidgenössischen Ombudsstelle wie einer unabhängigen schweizerischen Menschenrechtsinstitution (gemäss den „Pariser Prinzipien“) überfällig sind, ebenso wie der Erlass eines allgemeinen Antidiskriminierungsgesetzes. In der Bundesverfassung

sind die unverbindlichen Sozialziele als bindende menschenrechtliche Sozialrechte zu verankern und mit einem Bundesgesetz sind die Kantone zu verpflichten, in ihren Zuständigkeitsbereichen für die Umsetzung der Menschenrechte zu sorgen. Diese haben insbesondere auch unabhängige Beschwerdestellen zur Polizeiarbeit zu schaffen.

Aber auch im internationalen Menschenrechtsschutz hat die Schweiz noch erhebliche Lücken zu schliessen. Bei etlichen Konventionen hat sie Vorbehalte angebracht, die endlich zurückgezogen werden sollten und eine Vielzahl von Menschenrechtsvereinbarungen von UNO, UNESCO, ILO und Europarat warten immer noch auf den Beitritt der Schweiz bzw. ihre Ratifizierung (siehe Anhang). Für die schweizerische Menschenrechtspolitik ist das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement definitiv ein Schlüsseldepartement.

Anhang zu den Menschenrechtskonventionen

Um beispielsweise die Ausländer- und Asylpolitik auf ein solides menschenrechtliches Fundament zu stellen, sind insbesondere der Beitritt zu den Wanderarbeiterkonventionen von UNO und Europarat (STE 093) und zum 4. Zusatzprotokoll zur EMRK (STE 046) notwendig, aber auch der Beitritt zur Europäischen Staatsangehörigkeitskonvention (STE 166) und zur Konvention zur Beteiligung von Ausländern am öffentlichen Leben auf lokaler Ebene (STE 144) wünschbar.

Von den „zentralen“ Menschenrechtskonventionen der UNO (mit Berichterstattungsverfahren) hat die Schweiz immer noch drei nicht ratifiziert, neben der Wanderarbeiterkonvention sind dies die Konvention für die Rechte der Menschen mit Behinderungen und ihr Zusatzprotokoll sowie die Konvention gegen das Verschwindenlassen von Personen, zudem auch das 1. Zusatzprotokoll zum UNO-Pakt II und zum UNO-Pakt I.

Zudem gibt es eine Reihe weiterer bedeutender UNO-Konventionen, wie etwa die Antisöldnerkonvention, das Feuerwaffenprotokoll, die Heiratskonvention, die Antimenschenhandelskonvention und das diesbezügliche Zusatzprotokoll zur Konvention gegen die organisierte Kriminalität oder die Konvention zur Reduktion von Staatenlosigkeit, welche die Schweiz nicht ratifiziert hat.

Auch der UNESCO-Konvention gegen Diskriminierung im Erziehungswesen ist die Schweiz nicht beigetreten.

Bei der ILO umfasst die Liste der Konventionen, von denen der Schweiz. Gewerkschaftsbund den Beitritt der Schweiz verlangt eine ganze Reihe:

- 122 über die Arbeitsmarktpolitik
- 129 über Arbeitsinspektorate in der Landwirtschaft
- 135 über den Schutz und Erleichterungen für Arbeitnehmervertreter
- 169 für die Rechte der indigenen Völker
- 171 über die Nachtarbeit
- 175 über die Teilzeitarbeit
- 181 über private Arbeitsvermittler, und
- 183 für den Mutterschutz

Beim Europarat sind – neben den bereits erwähnten – vor allem die Ratifikation des ersten (STE 009) und 12. Zusatzprotokolls (STE 177) zur EMRK wie der Konvention gegen Menschenhandel (STE 197) und jener zum Schutz von Kindern gegen sexuellen Missbrauch und sexuelle Ausbeutung (STE 201) ausstehend. Besonders wichtig wäre der Beitritt zur (revidierten) Sozialcharta (STE 163) sowie zur Konvention gegen die Unverjährbarkeit von Verbrechen gegen die Menschlichkeit und von Kriegsverbrechen (STE 082).

Empfehlung der Geschäftsleitung: Annahme.

Traktandum 16:**Andy Tschümperlin, Nationalrat und Vizepräsident der SP-Fraktion****Ja-Parole zum Direkten Gegenvorschlag
Ausschaffungsinitiative**

Das Parlament hat die Ausschaffungsinitiative abgelehnt und den direkten Gegenvorschlag angenommen. Die SP-Fraktion hat dem direkten Gegenvorschlag zum Durchbruch verholfen. Dahinter steht die politische Einschätzung, dass die Initiative in der Abstimmung grosse Erfolgchancen hat, dass gleichzeitig aber eine klare Mehrheit der Abstimmenden eine verfassungs- und völkerrechtskonforme Lösung vorzieht. Die Annahme der Initiative kann deshalb verhindert werden, wenn auch der Gegenvorschlag das Volks- und Ständemehr erreicht und in der Stichfrage obsiegt. Ein grosser Teil der SP-Fraktion des National- und des Ständerats steht aus diesem Grund für die Ja-Parole zum direkten Gegenvorschlag ein, darunter die neu gewählte Bundesrätin Simonetta Sommaruga. Verschiedene Kantonalparteien (Basel Stadt, Bern, Schwyz) haben sich ebenfalls für ein Ja zum Gegenvorschlag ausgesprochen, weitere werden in den kommenden Tagen und Wochen darüber befinden.

Ich beantrage, dass die SP Schweiz bezüglich des Direkten Gegenvorschlags die Ja-Parole beschliesst.

Dies aus folgenden Gründen:

1. Eine Mehrheit der Fraktion war der Ansicht, dass die Initiative nur mit dem direkten Gegenvorschlag wirkungsvoll bekämpft werden könne. Darüber kann man unterschiedlicher Ansicht sein. Da nun aber aufgrund dieser Einschätzung dem direkten Gegenvorschlag zum Durchbruch verholfen wurde, müssen wir konsequenterweise dafür besorgt sein, dass die Rechnung aufgeht. Das bedeutet, dass wir den direkten Gegenvorschlag so gut wie möglich stärken, um ihm möglichst hohe Erfolgchancen zu geben. Eine allfällige Nein-Parole zum Direkten Gegenvorschlag wäre dagegen kontraproduktiv, weil die Gefahr besteht, dass am Schluss die Initiative gewinnt, weil der Gegenvorschlag am Volks- oder Ständemehr scheitert.
2. Der direkte Gegenvorschlag bietet gegenüber dem geltenden Recht einige Vorteile: Erstens erhält er einen Integrationsartikel, der einen echten Mehrwert bringt, zweitens wird bei Beibehaltung der Einzelfallbeurteilung und Verhältnismässigkeitsprüfung die Ausweisung teilweise erst bei erhöhten Strafen vorgesehen (18 oder teilweise 24 Monate). Es gibt mit dem Gegenvorschlag auch keine Ausschaffung für Bagatelldelikte im Sozialhilfe- und Sozialversicherungsbereich. Für die direktbetroffenen MigrantInnen macht es deshalb einen riesigen Unterschied, ob die Initiative oder der Gegenvorschlag angenommen wird. Der Einsatz für den direkten Gegenvorschlag lohnt sich damit auch materiell, auch wenn der Gegenvorschlag weit von einer sozialdemokratischen Lösung entfernt ist.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Ablehnung

Traktandum 17:**Parolenfassung zur Eidg. Abstimmung vom 13. Februar 2011****JA zum Schutz vor Waffengewalt (Waffenschutzinitiative)***Sturmgewehre ins Zeughaus!*

Jedes Jahr kommen in der Schweiz rund 300 Menschen durch Schusswaffen ums Leben. Das sind 300 zu viel. Die grosse Mehrheit der Schusswaffen in der Schweiz sind Armeewaffen. Das Sturmgewehr im Kleiderschrank ist ein Relikt aus dem Kalten Krieg, das keinerlei militärischen Nutzen mehr hat. Die Volksinitiative für den Schutz vor Waffengewalt sorgt dafür, dass die Armeewaffen endlich sicher im Zeughaus weggeschlossen werden.

Suizid- und Gewaltprävention stärken

In jedem dritten Schweizer Haushalt befindet sich heute mindestens eine Schusswaffe, 2,3 Millionen im ganzen Land. Schon die Drohung mit der Waffe im Schrank kann Frauen und Kindern das Leben zur Hölle machen – ganz zu schweigen von den Fällen, in denen die Waffe tatsächlich eingesetzt wird. Zahlreiche Studien belegen: Je mehr Schusswaffen im Umlauf sind, desto öfter kommt es im Affekt zu Morden und Suiziden. Weniger Waffen bedeuten mehr Sicherheit, tödliche Kurzschlusshandlungen können verhindert werden.

Waffenregister hilft bei der Verbrechensbekämpfung

Die Einführung eines zentralen Waffenregisters erleichtert der Polizei die Arbeit. So wissen die Beamtinnen und Beamten eher, was auf sie zukommt, wenn sie bei häuslicher Gewalt einschreiten müssen. Wenn ein Verbrechen geschehen ist, hilft das Waffenregister bei der Aufklärung. In der Schweiz wird jedes Auto, jede Kuh und auch jeder Hund registriert. Da ist es nur logisch, auch Waffen zu registrieren, von denen ein besonderes Gefährdungspotenzial ausgeht.

Wer eine Waffe braucht, darf sie behalten

Die Initiative richtet sich nicht gegen Sportschützen, Jäger und Sammler, die verantwortungsvoll mit ihren Schusswaffen umgehen. Wer eine Waffe braucht und die entsprechenden Fähigkeiten mitbringt, soll sie behalten. Auch das Feldschiessen und das «Obligatorische» können problemlos weiterhin stattfinden. Tatsächlich gebrauchte Waffen werden zentral registriert, während überflüssige Waffen, die ein Risiko darstellen, aus dem Verkehr gezogen werden. So wird die Sicherheit erhöht, Suizide können verhindert und die Prävention und die Aufklärung von Verbrechen deutlich verbessert werden.

Empfehlung der Geschäftsleitung: JA-Parole

Traktandum 18:**Antrag der Delegierten der JUSO Schweiz**

Antrag: Artikel 24 Punkt 7 der Statuten der SP Schweiz besagt, dass ein Zehntel der Finanzmittel der Partei für die politische Bildungsarbeit eingesetzt werden müssen. Dieser Betrag wird in der Partei heute nicht annähernd für Bildungsarbeit eingesetzt. Die Geschäftsleitung wird beauftragt, spätestens bis zur nächsten Delegiertenversammlung ein Konzept vorzulegen, wie sie in Zukunft gedenkt, diese statutarische Bestimmung einzuhalten.

Begründung: Die politische Bildung ist einer der zentralen Aufgaben der Partei. Gerade die Finanzkrise hat gezeigt, dass das Bedürfnis nach grundlegender politischer Bildungsarbeit enorm ist. Unsere Bewegung wird dem neoliberalen Mainstream nur gerecht, wenn wir unsere Analyse vertiefen und unsere Politikvorschläge weiterentwickeln.

Die meisten europäischen Sozialdemokratien verfügen über eigene Think Thank. Die PES hat vor kurzem ihr eigenes Institut gegründet, die Foundation for European Progressive Studies FEPS. Wir schlagen vor, dass die Geschäftsleitung aufzeigt, wie die parteiinterne Bildungsarbeit in Zusammenarbeit mit bestehenden (z.B. Denknetz, Movendo, JUSO Bildungslager, Stiftung SP Bildung) und neuen (z.B. eigener Thinkthank) Angeboten wieder aufgenommen werden kann.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Annahme (Umsetzung gemeinsam mit dem zur Annahme empfohlenen Antrag von Mario Fehr/Rebekka Wyler; vgl. bereits versandte Einladung).

Traktandum 19:**R-6 Resolution der SP der Stadt Genf**

„Der Parteitag der SP Schweiz nimmt Kenntnis davon, dass vom 27. bis 29. November 2010 in Algier eine internationale Konferenz „gegen den Krieg und die Ausbeutung“ stattfindet. Diese wird von der algerischen Gewerkschaft UGTA (Union générale des travailleurs algériens), der algerischen Arbeiterpartei und der Internationalen Verbindung der ArbeitnehmerInnen und Völker (IAV) organisiert. Der Parteitag der SP Schweiz beschliesst, eine Delegation an diese Konferenz zu entsenden. Er beauftragt die Geschäftsleitung, die geeigneten Massnahmen zu treffen, um dieses Mandat zu erfüllen.“

Empfehlung der Geschäftsleitung: Ablehnen.

Begründung: Es ist in der Vergangenheit kaum je vorgekommen, dass eine Delegationsreise auf einem offiziellen Parteitagsbeschluss beruhte. Erschwerend hinzu kommt im vorliegenden Fall, dass es sich um OrganisatorInnen handelt, welche den meisten nicht hinlänglich bekannt sind. Es ist in der Tat so, dass die Beschlüsse, welche die erste internationale Konferenz "contre la guerre et l'exploitation" vom 4 et 5 décembre 2009 gefällt hat, nicht in allen Teilen der Vision einer friedlichen Weltordnung entsprechen, wie sie im neuen Parteiprogramm enthalten ist. Die Geschäftsleitung regt deshalb an, dass nicht der Parteitag über eine Delegation befindet, sondern dass die PS Ville de Genève in Koordination mit der Geschäftsleitung und dem internationalen Sekretariat der SP Schweiz, darüber entscheidet, ob sie an dieser Konferenz teilnehmen will.

Die Internationale / L'Internationale

Wacht auf, Verdammte dieser Erde,
die stets man noch zum Hunger zwingt!
Das Recht wie Glut im Kraterherde
nun mit Macht zum Durchbruch dringt.
Reinen Tisch macht mit dem Bedränger!
Heer der Sklaven, wache auf!
Ein Nichts zu sein, tragt es nicht länger,
alles zu werden, strömt zuhauf!

**Völker hört die Signale!
Auf zum letzten Gefecht!
Die Internationale
erkämpft das Menschenrecht!**

Es rettet uns kein höh'res Wesen,
kein Gott, kein Kaiser, noch Tribun.
Uns aus dem Unrecht zu erlösen,
können wir nur selber tun!
Leeres Wort: der Armen Rechte!
Leeres Wort: der Reichen Pflicht!
Unmündig nennt man uns und Knechte,
dann tragt die Schmach nun länger nicht!

**Völker hört die Signale!
Auf zum letzten Gefecht!
Die Internationale
erkämpft das Menschenrecht!**

In Stadt und Land, Ihr Arbeitsleute,
wir sind die stärkste der Partei'n.
Die Müssiggänger schiebt beiseite!
Diese Welt muss unser sein;
unser Blut sei nicht mehr Raben
und der mächt'gen Geier Frass!
Erst wenn wir sie vertrieben haben,
dann scheint die Sonn' ohn' Unterlass!

**Völker hört die Signale!
Auf zum letzten Gefecht!
Die Internationale
erkämpft das Menschenrecht!**

Debout les damnés de la terre !
Debout les forçats de la faim !
La raison tonne en son cratère...
C'est l'éruption de la fin.
Du passé faisons table rase !
Foule esclave, debout, debout :
le monde va changer de base,
nous ne sommes rien, soyons tout.

**C'est la lutte finale.
Groupons-nous et demain,
l'internationale sera le genre humain !**

Il n'est pas de sauveurs suprêmes :
Ni Dieu, ni César, ni tribun.
Producteurs, sauvons-nous nous-mêmes,
Décrétons le salut commun !
Pour que le voleur rende gorge.
Pour tirer l'esprit du cachot.
Soufflons nous-mêmes notre forge :
Battons le fer quand il est chaud !

**C'est la lutte finale.
Groupons-nous et demain,
l'internationale sera le genre humain !**

Hideux dans leur apothéose,
les rois de la mine et du rail
Ont-ils jamais fait autre chose,
Que dévaliser le travail ?
Dans les coffres-forts de la bande,
ce qu'il a créé s'est fondu.
En décrétant qu'on le lui rende,
Le peuple ne veut que son dû !

**C'est la lutte finale.
Groupons-nous et demain,
l'internationale sera le genre humain !**